

eine systematische Hetze zu entfachen. Die Politoffiziere der SMA verschärften die politische Überwachung und terroristische Unterdrückung der Sozialdemokratie. Jede Versammlung der SPD wurde durch sowjetische Offiziere kontrolliert. In verschiedenen Parteibezirken der SPD mischten sich die SMA-Behörden in parteiinterne Angelegenheiten ein, lösten widerstrebende Parteisekretäre als „Saboteure der Einheit“ ab oder verfügten ihre Verhaftung. *„In einzelnen Fällen rief der sowjetische Ortskommandant die Vor sitzenden der beiden Parteien zu sich und erzwang durch Befehlsgewalt und mit beträchtlichen Wodka-Mengen ihre Zustimmung zur Vereinigung*1.“* Zudem intervenierten höhere Offiziere der SM AD bei *Otto Grotewohl, Erich W. Gniffke, Max Fechner* und anderen führenden Funktionären der SPD in der SBZ, um sie umzustimmen. Nachgerade konnte ein Umschwung nicht ausbleiben. Eine Tagung des Zentralausschusses am 10.-11. Februar 1946 brachte die Wende mit dem Beschluß, einen Parteitag der SPD der sowjetischen Zone einzuberufen, der nach vorausgegangenen Bezirks- und Landesparteitagen die Verschmelzung beschließen sollte. Die Würfel waren gefallen. Nach „Vereinigungskongressen“ in den einzelnen Ländern der SBZ und im Sowjetsektor von Berlin sprachen sich am 19.-20. April 1946 getrennte Parteitage der KPD und der SPD für die Fusion im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone aus. Auf dem „Vereinigungsparteitag“ am 21.-22. April wurde sie Wirklichkeit. Zuvor sollten jedoch die Kommunisten noch eine schwere politische Niederlage in West-Berlin davontragen. Die zwölf Kreisorganisationen der SPD in West-Berlin führten am 31. März 1946 eine Urabstimmung über die Vereinigung durch, bei der sich 82,21 Prozent der Mitglieder gegen eine sofortige Verschmelzung entschieden. Die Wahlbeteiligung betrug 72,99 Prozent. Im Sowjetsektor von Berlin wurde die Urabstimmung von der SM AD verboten.

Ohne Frage wurde die so gewaltsam zustandegekommene Vereinigung beider Parteien nicht nur von einigen führenden Männern der mitteldeutschen **Sozialdemokratie, sondern auch von einem beträchtlichen Teil der unteren** Funktionäre und der Mitgliedschaft abgelehnt. Ihr Widerstand hatte schon in den ersten Monaten des Jahres 1946 erhebliche Opfer gefordert. *„Man muß immer wieder daran erinnern“*, erklärte *Erich Ollenhauer* am 15. April 1961 vor einem Kongreß sozialdemokratischer ehemaliger politischer Häftlinge in Bad Godesberg, *„daß nach ganz vorsichtigen Schätzungen in der Zeit von Dezember 1945 bis zum April 1946 mindestens 20 000 Sozial-*

st Ernst Richert (in Zusammenarbeit mit Carola Stern und Peter Dietrich) „Agitation und Propaganda“, Berlin/Frankfurt a. M. 1958, S. 26. 29